Gesellschaftsvertrag der Lausitz Festival GmbH

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Steuerlich notwendige Regelungen gemäß § 60 AO

- § 1 Gemeinnützige Zwecksetzung und deren Verwirklichung
- § 2 Selbstlosigkeit
- § 3 Mittelbindung
- § 4 Begünstigungsverbot
- § 5 Auflösung der Gesellschaft; Wegfall steuerbegünstigter Zwecke

Teil B: Weitere Regelungen

Erster Abschnitt: Allgemeine Regelungen

- § 1 Rechtsform, Firma, Sitz
- § 2 Gegenstand des Unternehmens
- § 3 Stammkapital
- § 4 Geschäftsjahr und Dauer
- § 5 Bekanntmachungen
- § 6 Verfügung über Geschäftsanteile; Vorkaufsrecht
- § 7 Organe der Gesellschaft

Zweiter Abschnitt: Geschäftsführung

- § 8 Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft
- § 9 Inhalt und Umfang der Informationspflicht der Geschäftsführung

Dritter Abschnitt: Aufsichtsrat

- § 10 Bildung, Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrates
- § 11 Innere Ordnung des Aufsichtsrates
- § 12 Aufgaben des Aufsichtsrates

Vierter Abschnitt: Gesellschafterversammlung

- § 13 Gesellschafterversammlung; Gesellschafterbeschlüsse
- § 14 Aufgaben der Gesellschafterversammlung

Fünfter Abschnitt: Geschäftsleitung und Beirat

- § 15 Geschäftsleitung
- § 16 Beirat

Sechster Abschnitt: Wirtschaftsplan, Jahresabschluss und Prüfung

- § 17 Wirtschaftsplan
- § 18 Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfung

Siebenter Abschnitt: Schlussbestimmungen

- § 19 Einziehung von Geschäftsanteilen; Austritt aus der Gesellschaft
- § 20 Schriftform
- § 21 Gültigkeitsklausel
- § 22 Weiteres

TEIL A

STEUERRECHTLICH NOTWENIGE REGELUNGEN GEMÄß § 60 AO

§ 1

Gemeinnützige Zwecksetzung und deren Verwirklichung

- (1) Die Lausitz Festival GmbH mit Sitz in Görlitz verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur sowie der Heimatpflege und -kunde im räumlich-geographischen Gebiet der Lausitz.
- (3) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
  - die Organisation und Durchführung des Lausitz-Festivals als spartenübergreifendes Kunst- und Kulturfestival im Gebiet der Lausitz
  - Einbeziehung und Förderung regionaler Kunst und Kultur
  - Pflege regionaler traditioneller Kunst- und Kulturformen.

§ 2

Selbstlosigkeit

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 3

Mittelbindung

- (1) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Die Regelungen des § 58 AO bleiben unberührt.
- (2) Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

§ 4

Begünstigungsverbot

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 5

Auflösung der Gesellschaft; Wegfall steuerbegünstigter Zwecke

Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die Stadt Görlitz und an die Stadt Cottbus, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden haben.

TEIL B

WEITERE REGELUNGEN

ERSTER ABSCHNITT

Allgemeine Regelungen

§ 1

Rechtsform, Firma, Sitz

- (1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
- (2) Die Firma der Gesellschaft lautet:

"Lausitz Festival GmbH"
- (3) Satzungsmäßiger Sitz der Gesellschaft ist Görlitz. Eine weitere Geschäftsanschrift der Gesellschaft befindet sich in Cottbus/Chóšebuz.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung des Lausitz-Festivals als länder- und spartenübergreifendes Kunstfestival mit internationaler Ausrichtung unter Einbeziehung sowie Förderung regionaler Kunst und Kultur. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, weitere Länder- und staatenübergreifende Veranstaltungen im Kunst- und Kulturbereich im Gebiet der Lausitz - in den historischen wie gegenwärtigen Gebiets-zuschreibungen - auszurichten, verbunden mit der Zielsetzung, regionale Kulturstandorte nachhaltig in ihrer Entwicklung zu stärken und die Lausitz in der Wahrnehmung nach außen zu fördern.
- (2) Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder verwandter Art im Rahmen ihres Unternehmensgegenstandes gründen oder sich an ihnen beteiligen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar gefördert werden kann. Die Errichtung, Übernahme und Beteiligung an anderen Unternehmen bedürfen der Zustimmung der Stadt Görlitz sowie der Stadt Cottbus/Chóšebuz.
- (3) Die Gesellschaft darf ein anderes Unternehmen i.S.v. § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung nur unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn den in § 96a Abs. 1 Nummern 1 und 2 sowie 4 bis 13 der Sächsischen Gemeindeordnung entsprechende Regelungen im Gesellschaftsvertrag enthalten sind. Bei einer geringeren Beteiligung hat die Gesellschaft darauf hinzuwirken, dass die genannten Regelungen getroffen werden. Im Gesellschaftsvertrag der Tochtergesellschaft bzw. der mittelbaren Beteiligung ist die entsprechende Anwendung des § 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 8 BbgKVerf festzuschreiben, soweit nicht der Fall des § 96 Abs. 3 BbgKVerf gegeben ist.
- (4) Eine wirtschaftliche Betätigung außerhalb der Versorgung der örtlichen Gemeinschaft erfolgt auf Basis der Bestimmungen des § 91 Abs. 4 BbgKVerf.

§ 3

Stammkapital

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

25.000,00 EUR

(in Worten: fünfundzwanzigtausend Euro).

Davon haben übernommen:

Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH, eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Dresden unter der HRB 14217, mit Sitz in Görlitz (Geschäftsanteil Nr. 1)

im Nennwert von 12.500,00 EUR

Stadt Cottbus/Chósebuz, Neumarkt 5, 03046 Cottbus/Chósebuz (Geschäftsanteil Nr. 2)

im Nennwert von 12.500,00 EUR

Die Stammeinlage ist in voller Höhe in bar eingezahlt.

- (2) Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter besteht nicht.
- (3) Weitere Gesellschafter können durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung aufgenommen werden.

§ 4

Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft

- (1) Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr. Es beginnt mit dem Eintrag ins Handelsregister und endet am folgenden 31. Dezember.
- (2) Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt.

§ 5

Bekanntmachungen

Die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger. Im Übrigen erfolgen die Bekanntmachungen in den Amtsblättern der Städte Görlitz und Cottbus/Chósebuz.

§ 6

Verfügung über Geschäftsanteile; Vorkaufsrecht

- (1) Die Abtretung, Verpfändung und Belastung von Geschäftsanteilen sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Gesellschaft zulässig. Die Zustimmung darf nur nach vorheriger Zustimmung der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates erteilt werden. Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung ist an die Gesellschaft zu richten und gilt zugleich als Anmeldung zur Veräußerung.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen zu Rechtsgeschäften nach Absatz 1 nach sich ziehen.
- (3) Jedem Gesellschafter steht ein Vorkaufsrecht nach Maßgabe der nachfolgenden Regelung zu: Verkauft einer der Gesellschafter seinen Geschäftsanteil ganz oder teilweise, steht dem jeweils anderen Gesellschafter ein Vorkaufsrecht zu. Für das Vorkaufsrecht gelten die Vorschriften der §§ 463 ff. BGB entsprechend, wobei das Vorkaufsrecht innerhalb von sechs Monaten nach Zugang des unterzeichneten Kaufvertrages, welcher durch eingeschriebenen Brief zu übersenden ist, schriftlich auszuüben ist. Der vorkaufsberechtigte Gesellschafter ist bereits im Vorfeld unverzüglich über den geplanten Verkauf zu informieren.

Beabsichtigt ein Gesellschafter Geschäftsanteile oder Teile hiervon zu veräußern, so hat er dies dem jeweils anderen Gesellschafter unter Beifügung des mit dem Erwerber ausgehandelten Vertragsentwurfs schriftlich mitzuteilen. Der Vertragsentwurf soll Name bzw. Firma und Sitz des Erwerbsinteressenten, den Kaufpreis und/oder alle sonstigen Gegenleistungen für die beabsichtigte Veräußerung sowie deren Fälligkeit und eventuelle Garantien, Beschaffenheitsvereinbarungen und sonstige Gewährleistungen sowie Freistellungsverpflichtungen enthalten. Änderungen des mit dem Erwerber zu schließenden Vertrags gegenüber dem der Mitteilung beigefügten Entwurfes bedürfen der Zustimmung des jeweils anderen Gesellschafters.

Sobald der zum Verkauf stehende Geschäftsanteil aufgrund des Vorkaufsrechts an einen Vorkaufsberechtigten verkauft wird, sind die Gesellschafter und ist die Gesellschaft verpflichtet, die für die Abtretung erforderlichen Zustimmungen zu erteilen.

§ 7 Organe der Gesellschaft

- (1) Die Organe der Gesellschaft sind:
  1. die Geschäftsführung,
  2. der Aufsichtsrat,
  3. die Gesellschafterversammlung.
- (2) Die Künstlerische Verantwortung für das Lausitz Festival liegt bei der durch den Aufsichtsrat zu bestimmenden Intendanz (vgl. § 12 Abs. 4 f). Diese kann um weitere Personen erweitert werden, soweit die Gesellschaft weitere Geschäftsfelder gemäß ihrem Gesellschaftszweck erschließt. Die Intendanz bildet gemeinsam mit der Geschäftsführung die Geschäftsleitung (vgl. § 15).
- (3) Weiterhin wird ein Beirat als beratendes Gremium eingerichtet (vgl. § 16).

ZWEITER ABSCHNITT

Geschäftsführung

§ 8

Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Den Geschäftsführern kann durch den Aufsichtsrat Einzelvertretungsbefugnis für die Geschäftsführung übertragen werden.
- (3) Der Aufsichtsrat kann Geschäftsführer ganz oder teilweise von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.
- (4) Hat die Gesellschaft mehrere Geschäftsführer, so geben sich diese eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf. Beschlüsse der Geschäftsführer über die Geschäftsordnung müssen einstimmig gefasst werden. Einigen sich die Geschäftsführer nicht auf eine Geschäftsordnung, so wird diese vom Aufsichtsrat erlassen.
- (5) Die Geschäftsführung erstreckt sich auf Handlungen, die der gewöhnliche Geschäftsverkehr mit sich bringt, insbesondere regelmäßig wiederkehrende Geschäfte. Für alle darüberhinausgehenden Geschäfte sind ein Gesellschafterbeschluss und/oder Aufsichtsratsbeschluss entsprechend den Regelungen dieses Gesellschaftsvertrages erforderlich. Geschäfte, die in die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung oder des Aufsichtsrates fallen, dürfen erst nach einer durch diese Organe erteilten Zustimmung durchgeführt werden.
- (6) Die Geschäftsführung leitet die Gesellschaft unter Beachtung der Gesetze und dieses Gesellschaftsvertrages sowie der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung. Die Geschäftsführung ist verpflichtet, unter Umsetzung der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates und der Vorgaben der jeweiligen Anstellungsverträge sowie unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Rentabilität für einen geordneten Geschäftsbetrieb zu sorgen, insbesondere eine sachgerechte Aufgabenerledigung und eine ordnungsgemäße Abwicklung der anfallenden Geschäfte sicherzustellen.

§ 9

Inhalt und Umfang der Informationspflicht der Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung ist dafür verantwortlich, dass die Organe der Gesellschaft, die Geschäftsleitung, der Beirat, die Stadt Görlitz und die Stadt Cottbus sowie deren örtliche und überörtliche Prüfungsbehörden entsprechend den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg über die für sie maßgeblichen Angelegenheiten der Gesellschaft rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden.
- (2) Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat über Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zu unterrichten.
- (3) Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat insbesondere zu berichten über
  - Die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung;
  - Den Gang der Geschäfte, insbesondere Rentabilität und Ertragslage;
  - Geschäfte, die für Rentabilität und Liquidität der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sein können;

- Grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (Wirtschaftsplanung), wobei auf Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung zu geplanten Zielen unter Angabe von Gründen einzugehen ist.

§ 90 Abs. 1 AktG gilt entsprechend.

- (4) Im Rahmen der unterjährigen Berichterstattung hat die Geschäftsführung schriftliche Berichte in Anlehnung an Absatz 3 an die Beteiligungsverwaltungen der Städte Cottbus/Chósebuz und Görlitz in einer mit den Beteiligungsverwaltungen abgestimmten Form zu übermitteln.

ENTWURF

DRITTER ABSCHNITT

Aufsichtsrat

§ 10

Bildung, Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Hiervon werden je zwei Mitglieder von den Gesellschaftern, Stadt Cottbus und Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH, entsandt. Darüber hinaus entsenden die Länder Sachsen und Brandenburg sowie der Bund je ein Mitglied in den Aufsichtsrat.
- (2) Die entsendenden Körperschaften stellen die Sachkunde der Aufsichtsratsmitglieder entsprechend den jeweils geltenden rechtlichen Regelungen (SächsGemO, BbgKVerf etc.) sicher.
- (3) Für die von der Stadt Cottbus/Chósebus zu entsendenden Vertreter gilt, dass der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chósebus kraft Amtes Mitglied des Aufsichtsrates ist. Er kann einen Beschäftigten der Stadt Cottbus/Chósebus dauerhaft mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betrauen. Für das weitere von der Stadt Cottbus/Chósebus zu entsendende Mitglied sind die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich (§ 97 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 40 BbKVerf).
- (4) Für den Aufsichtsrat gilt § 52 Abs. 1 GmbHG einschließlich der dort bezeichneten aktienrechtlichen Normen entsprechend, soweit nicht in der Satzung ausdrücklich etwas anderes geregelt ist.
- (5) Mitglied des Aufsichtsrates kann nicht sein, wer in einem konkurrierenden Unternehmen beteiligt oder dort Organ oder Mitarbeiter ist.
- (6) Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben über alle Tatsachen, von denen sie im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit Kenntnis erlangen, unbedingtes Stillschweigen zu bewahren. Die §§ 394 und 395 AktG sind entsprechend anzuwenden, soweit sie nicht unmittelbar Anwendung finden. Insbesondere unterliegen die Aufsichtsräte hinsichtlich der Berichte, die sie den Gesellschaftern zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Dies gilt nicht für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke nicht von Bedeutung ist.
- (7) Die entsandten Mitglieder werden der Gesellschaft schriftlich mitgeteilt. Die Amtszeit des Aufsichtsrates beginnt, wenn sämtliche Mitglieder die Annahme ihres Amtes gegenüber der Gesellschaft erklärt haben. Für den von der Stadt Cottbus/Chósebus entsandten Vertreter nach Abs. 3 S. 3 gilt, dass die Amtszeit mit dem auf den Beginn der Amtszeit folgenden Ablauf der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebus endet. Dieses Mitglied übt sein Amt analog den Regelungen nach Satz 8 bis zum Amtsantritt des neuen Mitglieds aus. Die Amtszeit des Aufsichtsratsmitgliedes gem. Abs. 3 S. 1 oder 2 endet, wenn das Aufsichtsratsmitglied aus der Verwaltung der Stadt Cottbus/Chósebus ausscheidet.
Für die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates endet diese mit der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Der alte Aufsichtsrat führt die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Aufsichtsrates fort. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied während der Amtszeit aus, so erfolgt die Neubestellung eines Ersatzmitgliedes nur für den Rest der Amtszeit. Die erneute Bestellung zum Aufsichtsratsmitglied nach Ablauf der Amtszeit ist möglich.
- (8) Ein Aufsichtsratsmitglied kann vor Ablauf seiner Amtszeit jederzeit durch den Entsendungsberechtigten abberufen werden.
- (9) Jedes Aufsichtsratsmitglied, außer das gemäß Abs. 3 Satz 1 oder 2, kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft niederlegen.
- (10) Die Mitglieder des Aufsichtsrates können eine Entschädigung erhalten, die von der Gesellschafterversammlung festgesetzt wird.

- (11) Die Aufsichtsratsmitglieder sind nicht an Weisungen gebunden. Sie haben ihre Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen im Unternehmensinteresse zu treffen. Ihre Haftung ist auf vorsätzliches und grob fahrlässiges Handeln beschränkt.

§ 11

Innere Ordnung des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Er vertritt den Aufsichtsrat nach außen und ist ermächtigt, die zur Durchführung der Beschlüsse des Aufsichtsrates erforderlichen Willenserklärungen abzugeben. Erklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates namens des Aufsichtsrates unter der Bezeichnung „Aufsichtsrat der Lausitz Festival GmbH“ abgegeben.
- (2) Der Aufsichtsrat wird durch den Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern. Die Einberufung erfolgt schriftlich oder alternativ per Email oder Fax (Telefax oder Computerfax) an die letzte vom jeweiligen Aufsichtsratsmitglied schriftlich mitgeteilte Anschrift bzw. Emailadresse oder Faxnummer unter Angabe von Ort, Tag, Zeit sowie Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der dazugehörigen Unterlagen, insbesondere Beschlussanträge. Dabei liegen zwischen dem Tag der Ladung (bei schriftlicher Ladung ist Poststempel des Absendeorts, bei Ladung mittels E-Mail oder Fax ist die Absendung der Einladung maßgeblich) und dem Tag der Versammlung wenigstens 14 Tage. Spätestens 7 Tage vor dem Tag der Versammlung sind die zugehörigen Unterlagen zu versenden. Die Einladung ist zeitgleich auch an die Beteiligungsverwaltungen der Städte Cottbus/Chósebuz und Görlitz zu versenden. In dringenden Angelegenheiten kann eine andere Form der Einladung und eine kürzere Frist gewählt werden. In jedem Geschäftsvierteljahr soll und in jedem Geschäftshalbjahr muss mindestens eine Sitzung des Aufsichtsrates einberufen werden.
- (3) Der Aufsichtsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn dies von der Geschäftsführung oder mindestens zwei Aufsichtsratsmitgliedern unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird. Absatz 2 Sätze 2 bis 5 gelten entsprechend. Er ist darüber hinaus einzuberufen, wenn es die Geschäfte der Gesellschaft erfordern.
- (4) Der Aufsichtsrat ist nur beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen und mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und von jedem Gesellschafter mindestens ein entsandtes Aufsichtsratsmitglied. Erweist sich der Aufsichtsrat nicht als beschlussfähig, so ist binnen 10 Tagen eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erscheinenden Aufsichtsratsmitglieder beschlussfähig ist. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.
- (5) Die Geschäftsführung und die künstlerische Leitung nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern dieser im Einzelfall nichts anderes bestimmt. Je einem Vertreter der Beteiligungsverwaltungen der Städte Cottbus/Chósebuz und Görlitz steht das aktive Teilnahmerecht (ohne eigenes Stimmrecht) an den Aufsichtsratssitzungen zu. Die Teilnahme weiterer Personen an den Sitzungen bestimmt der Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat kann insbesondere Vertreter des künstlerischen Beirats zur Teilnahme an den Sitzungen einladen.
- (6) Beschlüsse des Aufsichtsrates werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Diese Sitzungen können auch online abgehalten werden (vgl. § 11 Abs. 10). Die Beschlüsse kommen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen zustande, sofern nicht durch Gesetz oder diesen Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können in Anwendung von § 108 Abs. 3 Aktiengesetz an der Beschlussfassung teilnehmen.

- (7) In eilbedürftigen oder einfach gelagerten Angelegenheiten können nach dem Ermessen des Vorsitzenden Beschlüsse auch durch Einholung schriftlicher oder fernmündlicher (mit schriftlicher Bestätigung) Erklärungen gefasst werden, wenn kein Mitglied des Aufsichtsrates innerhalb der gesetzten Frist dem Verfahren widerspricht. Ein Beschluss kommt nur zustande, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Das Ergebnis der Abstimmung wird vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats schriftlich festgestellt.
- (8) Über die Sitzungen des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Sitzung und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. In der Niederschrift sind mindestens Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, wesentliche Inhalte der Verhandlung und die Beschlüsse des Aufsichtsrates im Wortlaut sowie das Abstimmungsergebnis (Anzahl der abgegebenen Stimmen, davon Befürwortungen, Gegenstimmen, Stimmenthaltungen) anzugeben. Jedem Mitglied des Aufsichtsrates ist eine Abschrift der Sitzungsniederschrift zu überlassen. Eine Kopie der Niederschrift ist den Beteiligungsverwaltungen der Städte Cottbus/Chósebusz und Görlitz zu übermitteln.
- (9) Ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates an der Ausübung der ihm durch Gesetz, den Gesellschaftsvertrag und die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates auferlegten Aufgaben verhindert, so hat diese für die Dauer der Verhinderung sein Stellvertreter zu übernehmen. Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates und des Stellvertreters übernimmt das an Lebensjahren älteste Aufsichtsratsmitglied die Aufgaben.
- (10) Alle Beschlüsse, für die diese Satzung die Beschlussfassung in einer Aufsichtsratssitzung vorschreibt, können auch im Rahmen einer Online-Konferenz gefasst werden. Eine Online-Konferenz setzt voraus, dass
  - a) allen Aufsichtsratsmitgliedern die Möglichkeit gegeben wird, mit zeitgemäßer technischer Ausstattung im Wege der elektronischen Kommunikation an der Online-Konferenz teilzunehmen, beispielsweise im Wege einer Videozuschaltung oder der Teilnahme über eine Konferenzsoftware oder ein Internetportal,
  - b) alle Aufsichtsratsmitglieder die notwendigen Daten erhalten, um an der Online-Konferenz teilzunehmen,
  - c) alle Aufsichtsratsmitglieder aktiv und passiv teilnehmen können,
  - d) Maßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, dass keine unbefugten Personen an der Online-Konferenz teilnehmen.
- (11) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages sind zu beachten.
- (12) Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse zur Vorbereitung seiner Entscheidungen bilden. In dem Einsetzungsbeschluss müssen die Zuständigkeiten und die Mitglieder des Ausschusses bezeichnet werden. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.

§ 12

Aufgaben des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung und vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern gerichtlich und außergerichtlich.
- (2) Der Aufsichtsrat berät die Vorlagen für die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und gibt Beschlussempfehlungen ab.
- (3) Der Aufsichtsrat erstellt und beschließt den Bericht des Aufsichtsrates über seine Prüfung des Jahresabschlusses. Der Bericht des Aufsichtsrates zur Prüfung des Jahresabschlusses ist vom (amtierenden) Aufsichtsratsvorsitzenden zu unterzeichnen.

- (4) Der Aufsichtsrat beschließt weiterhin über:
- a) Feststellung und Änderung der von der Geschäftsführung aufgestellten Wirtschaftspläne;
  - b) Auswahl und Beauftragung der Abschlussprüfer;
  - c) Festlegung der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung;
  - d) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung der Gesellschaft
  - e) Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge der Geschäftsführung. Die Anstellungsverträge dürfen die Dauer von fünf Jahren nicht überschreiten. Eine Verlängerung ist möglich.
  - f) Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung der Verträge mit künstlerischen Leitern der Gesellschaft, wie dem Intendantenvertrag Lausitz Festival. Diese dürfen die Dauer von fünf Jahren nicht überschreiten. Eine Verlängerung ist möglich.
  - g) Abschluss oder Änderung sonstiger Anstellungsverträge oder von Verträgen mit freien Mitarbeitern mit einer Vergütung, die einen vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Betrag übersteigt.
  - h) die Konzeption des Lausitz Festivals und der jährlichen Programmleitlinien.
- (5) Der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen insbesondere:
- a) Erwerb, dingliche Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten soweit dies nicht in die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung nach § 14 Abs. 3b fällt,
  - b) Einleitung gerichtlicher oder schiedsgerichtlicher Verfahren sowie deren Beendigung durch Rücknahme der Anträge oder Vergleich, soweit im Einzelfall der Gegenstandswert einen in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates zu bestimmenden Wert übersteigt,
  - c) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Betriebsführungs-, Dienstleistungs-, Betriebspacht- und andere Betriebsüberlassungs- sowie Grundstücksüberlassungsverträge, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates zu bestimmender Wert überschritten wird;
  - d) Abschluss und Änderung von Verträgen mit einem einmaligen oder einem jährlich wiederkehrenden Entgelt, soweit eine Festsetzung im Wirtschaftsplan nicht erfolgt ist und im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates zu bestimmende Wertgrenze überschritten wird;
  - e) Aufnahme von Darlehen und ähnlichen Verbindlichkeiten bis zu einer Höhe von 250.000 EUR;
  - f) Abschluss von Miet- und Pachtverträgen mit mehrjähriger Dauer, soweit eine Wertgrenze von 30.000 EUR p.a. überschritten wird;
  - g) Erteilung und Widerruf von Prokuren und Handlungsvollmachten;
  - h) Schenkung und Verzicht auf Ansprüche der Gesellschaft, soweit der Wert des einzelnen Anspruchs oder die Summe im Geschäftsjahr einen in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates jeweils näher zu definierenden Wert übersteigt. Die Ausbuchung nicht realisierbarer Forderungen gilt nicht als Verzicht;
  - i) Stundung von Forderungen und Verzicht auf fällige Ansprüche im Einzelfall und nach einer in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates näher zu definierenden Wertgrenze,
  - j) die Übernahme neuer Aufgaben im Rahmen des Unternehmensgegenstandes.

Eine Zustimmung des Aufsichtsrates in den Fällen des § 12 Abs. 5 ersetzt nicht einen nach § 14 erforderlichen Beschluss der Gesellschafterversammlung.

- (6) Der Aufsichtsrat kann durch Beschluss bestimmen, dass bestimmte zustimmungspflichtige Geschäfte vom Zustimmungsvorbehalt befreit werden, oder dass weitere Arten von Geschäften oder Einzelgeschäfte nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden.
- (7) Die Zustimmung des Aufsichtsrates nach Abs. 5 kann in Fällen, in denen unverzügliches Handeln im Interesse der Gesellschaft geboten erscheint und eine Beschlussfassung des Aufsichtsrates nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, durch vorherige Zustimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden ersetzt werden, der sich mit dem Stellvertreter nach Möglichkeit abstimmen soll. Kann auch die Zustimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden oder seines Stellvertreters nicht rechtzeitig eingeholt werden, so handelt die Geschäftsführung nach pflichtgemäßen Ermessen. Die Gründe für die Notwendigkeit der Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind dem Aufsichtsrat in der nächsten Sitzung mitzuteilen. Die entsprechende Beschlussfassung ist nachträglich einzuholen.

ENTWURF

VIERTER ABSCHNITT

Die Gesellschafterversammlung

§ 13

Gesellschafterversammlung, Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Die Gesellschafterversammlung ist einzuberufen, wenn eine Beschlussfassung der Gesellschafter erforderlich wird oder wenn die Einberufung aus sonstigem Grund im Interesse der Gesellschafter liegt. In jedem Fall ist jährlich eine ordentliche Gesellschafterversammlung in den ersten 8 Monaten des Geschäftsjahres abzuhalten.
- (2) Die Gesellschafterversammlung wird von der Geschäftsführung oder den Gesellschaftern schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der dazugehörigen Unterlagen einberufen. § 11 Abs. 2 Sätze 2 bis 5 gelten entsprechend. Mängel in Form und Frist der Ladung sind geheilt, wenn alle Gesellschafter anwesend oder vertreten sind und auf die satzungsmäßige Form und Frist der Ladung verzichtet haben.
- (3) Soweit die in der Gesellschafterversammlung anwesenden Gesellschafter nichts Abweichendes beschließen, hat die Geschäftsführung, bei mehreren Geschäftsführern diese gemeinsam, die Versammlungsleitung inne. Im Falle der Personenidentität der Geschäftsführungen der Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH sowie der Lausitz Festival GmbH wird die Gesellschafterversammlung vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates geleitet (Versammlungsleitung). Die Versammlungsleitung leitet die Versammlung und bestimmt die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände sowie die Art der Abstimmung. Sie kann zur Gesellschafterversammlung auch Sachverständige und Auskunftspersonen zuziehen, soweit sie deren Anhörungen zur Unterrichtung der Gesellschaft für erforderlich hält.
- (4) Grundsätzlich nimmt die Geschäftsführung an der Gesellschafterversammlung teil, soweit diese nichts anderes beschließt. Über die Teilnahme von weiteren Personen entscheidet die Gesellschafterversammlung.
- (5) Soweit nicht das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag eine andere Möglichkeit vorschreibt, werden die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung einstimmig gefasst. Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je 100 Euro gewähren eine Stimme.
- (6) Beschlüsse der Gesellschafter werden in einer Gesellschafterversammlung oder gemäß § 48 Abs. 2 GmbHG gefasst. Beschlussfassungen nach vorstehendem Satz 1 können auch im Rahmen einer online-Konferenz gefasst werden. Hierfür gelten die Regelungen des § 11 Abs. 10 sinngemäß.
- (7) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. § 11 Abs. 8 Satz 2 gilt entsprechend. Die Urschrift der Niederschrift ist zu den Akten der Gesellschaft zu nehmen. Eine Kopie der Niederschrift ist an die Beteiligungsverwaltungen der Städte Cottbus/Chósebuz und Görlitz zu übermitteln.

§ 14

Aufgaben der Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung beschließt über folgende Angelegenheiten:
  - a) Die Verfügung über Geschäftsanteile gemäß § 6;
  - b) Teilung sowie Einziehung von Geschäftsanteilen;
  - c) Änderung und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages, einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen;
  - d) Liquidation der Gesellschaft sowie die Bestellung des oder der Liquidatoren;

- e) die Errichtung und Übernahme von Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen unter Beachtung des § 2 Abs. 2 S. 3 und Abs. 3 dieses Gesellschaftsvertrages;
- f) Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung;
- g) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates;
- h) Festsetzung der Entschädigung der Aufsichtsratsmitglieder.

Im Falle der Personenidentität der Geschäftsführungen der Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH sowie der Lausitz Festival GmbH hat der Gesellschaftervertreter der Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH für die Beschlüsse gemäß Absatz 1 f) und g) Weisungsbeschlüsse der Gesellschafterversammlung der Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH einzuholen. Er ist in seinem Abstimmungsverhalten an diese Beschlüsse gebunden.

- (2) Die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung erstreckt sich weiter auf alle Angelegenheiten, die für das Unternehmen der Gesellschaft eine wesentliche Veränderung im Sinne des § 96a Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen darstellen.

Hierzu gehören regelmäßig:

- a) Aufnahme neuer Geschäftsfelder und Aufgabe bisheriger, insbesondere, wenn sie Veränderungen des Unternehmenszweckes und Gegenstandes nach § 2 zu Folge haben,
- b) die wesentliche Erweiterung oder strukturelle Veränderung des Unternehmens,
- c) Änderung der bestehenden Rechtsform oder der Haftungsverhältnisse,
- d) Umwandlung, Verschmelzung und Auflösung der Gesellschaft,
- e) Veräußerung des Unternehmens im ganzen oder wesentlichen Teilen,

- (3) Weiterhin entscheidet die Gesellschafterversammlung über

- a) Die Aufnahme und Gewährung von Krediten, welche von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für das Unternehmen sind. Die erhebliche wirtschaftliche Bedeutung ist jedenfalls dann gegeben, wenn die einzelne Kreditsumme oder Verfügung über Vermögen einen Betrag in Höhe von EUR 250.000 übersteigt (ausgenommen Umschuldungen). Das vorstehende gilt entsprechend für die Übernahme von Bürgschaften, Bestellung sonstiger Sicherheiten und den Abschluss von Gewährverträgen sowie die vorgenannten wirtschaftlich gleichwertigen Geschäfte.
- b) Verfügungen von Vermögen, welche von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für das Unternehmen sind. Als Verfügungen sind unter anderem anzusehen:
  - Veräußerung von Gegenständen (Sachen/Rechte) des Unternehmens
  - Dingliche Belastung von Sachen im Unternehmenseigentum
  - Belastung von Rechten des Unternehmens

Eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung liegt regelmäßig dann vor, wenn der Wert des einzelnen Vermögensgegenstandes einen Betrag in Höhe von EUR 250.000 übersteigt. Darüber hinaus kann die Gesellschafterversammlung durch Beschluss einen Katalog weitergehender, nach dieser Bestimmung zu behandelnder, Angelegenheiten aufstellen.

FÜNFTER ABSCHNITT

Geschäftsleitung und Beirat

§ 15

Geschäftsleitung

- (1) Die Geschäftsleitung besteht aus der Geschäftsführung und dem oder den künstlerischen Leitern der Gesellschaft.
- (2) Die Mitglieder der Geschäftsleitung sind den Interessen des Gesamtunternehmens verpflichtet. Die Aufgaben der künstlerischen Leitung werden im Rahmen des Wirtschaftsplans und der Budgets in künstlerischer Freiheit wahrgenommen.
- (3) In der Geschäftsleitung werden die strategische Ausrichtung des Unternehmens, die Grundlagen für das Arbeitsprogramm und die Leitungsentscheidungen für das Unternehmen behandelt.
- (4) Den Vorsitz in der Geschäftsleitung hat der Geschäftsführer; er hat in der Geschäftsleitung die Letztentscheidung und vertritt die Geschäftsleitung gegenüber der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat.

§ 16

Beirat

- (1) Es wird ein Beirat gebildet. Über den Beirat soll die regionale Einbindung und Spartenvertretung realisiert werden. Die Mitglieder des Beirates werden einvernehmlich von den zuständigen Fachministerien des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg ernannt.
- (2) Mit dem Beirat sollen die maßgeblichen künstlerischen Interessen der verschiedenen Sparten im Kunst- und Kulturgesehen in den Entscheidungsprozessen der Gesellschaft angemessen berücksichtigt werden. Der Beirat gibt gegenüber dem Aufsichtsrat Beschlussempfehlungen zur Konzeption des Lausitz Festivals und den jährlichen Programmleitlinien ab. Der Beirat hat ein Vorschlagsrecht gegenüber dem Aufsichtsrat für die künstlerische Leitung des Lausitz Festivals. Dem Vorsitzenden soll daher, sofern nicht wichtige Gründe entgegenstehen, die Möglichkeit zur Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrates gegeben werden.
- (3) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Beirates.

SECHSTER ABSCHNITT

Wirtschaftsplan, Jahresabschluss und Prüfung

§ 17

Wirtschaftsplan

- (1) Die Geschäftsführer stellen in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) in der jeweils geltenden Fassung für jedes kommende Geschäftsjahr einen Entwurf des Wirtschaftsplanes auf, der vom Aufsichtsrat vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres zu beschließen ist. Der Wirtschaftsführung ist eine 5-jährige Finanzplanung zugrunde zu legen.
- (2) Der Wirtschafts- und Finanzplan ist unverzüglich den Gesellschaftern sowie der Stadt Görlitz zur Kenntnis zu bringen; dies gilt entsprechend für wesentliche Abweichungen hiervon.
- (3) Die Geschäftsführer unterrichten den Aufsichtsrat und den Gesellschafter mindestens vierteljährlich über die Entwicklung des Geschäftsjahres, insbesondere über wesentliche Abweichungen von den Planzahlen.
- (4) Der Wirtschaftsplan ist durch Nachtrag zu ändern, wenn sich das Jahresergebnis gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung die Haushalts-/ Wirtschaftslage der Gesellschafter und der Stadt Görlitz beeinträchtigt oder soweit höhere Kredite oder erheblich höhere Zuführungen der Gesellschafter notwendig sind.
- (5) Die Erheblichkeitsgrenzen nach Abs. 4 sowie die Wesentlichkeitsgrenzen nach Abs. 2 werden jährlich im Wirtschaftsplan festgelegt.

§ 18

Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfung

- (1) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht sind von der Geschäftsführung in den ersten drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer zu prüfen, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten.
- (2) Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben auch die Angaben zu enthalten, die nach § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO für die Erstellung des Beteiligungsberichtes notwendig sind.
- (3) Die Abschlussprüfung wird im Umfang des § 53 Abs. 1 des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz – HGrG) vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, durchgeführt.
- (4) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss zusammen mit dem Lagebericht und dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzulegen. Zugleich hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat den Vorschlag über die Verwendung des Ergebnisses vorzulegen. Der durch den Aufsichtsrat aufzustellende und zu beschließende Bericht des Aufsichtsrates über das Ergebnis seiner Prüfung ist den Gesellschaftern zusammen mit allen weiteren in diesem Absatz genannten Unterlagen unverzüglich vorzulegen.
- (5) Die Gesellschafterversammlung hat bis spätestens zum Ablauf der ersten acht Monate des neuen Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen. Auf den Jahresabschluss sind bei der Feststellung die für seine Aufstellung geltenden Vorschriften anzuwenden.

- (6) Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers sind den Städten Cottbus/Chósebus und Görlitz sowie der Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Görlitz unverzüglich nach der Feststellung und Bestätigung durch die Gesellschafterversammlung zu übersenden.
- (7) Den für die Gesellschafter zuständigen örtlichen und überörtlichen Rechnungsprüfungsbehörden werden die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt. Darüber hinaus wird den für die Stadt Görlitz zuständigen örtlichen und überörtlichen Prüfungsbehörden das Recht eingeräumt, die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gesellschaft zu prüfen.
- (8) Die Geschäftsführung hat den Städten Görlitz und Cottbus/Chósebus zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt die für die Aufstellung des Gesamtabchlusses (§ 88b Sächsische Gemeindeordnung bzw. § 83 BbgKVerf) erforderlichen Unterlagen zu übersenden und die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (9) Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches.

ENTWURF

SIEBTER ABSCHNITT

Schlussbestimmungen

§ 19

Einziehung von Geschäftsanteilen, Austritt aus der Gesellschaft

- (1) Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist zulässig, sofern die Einlagen vollständig geleistet worden sind. Die Einziehung von Geschäftsanteilen eines Gesellschafters mit dessen Zustimmung ist stets zulässig. Die Einziehung von Geschäftsanteilen eines Gesellschafters ohne dessen Zustimmung ist zulässig, wenn einer der nachfolgenden wichtigen Gründe vorliegt:
  - a) Pfändung oder Vollstreckung in sonstiger Weise in einen Geschäftsanteil dieses Gesellschafters, soweit die Pfändung oder sonstige Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von drei Monaten, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils, aufgehoben wird;
  - b) Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens über das Vermögen des Gesellschafters, soweit dieses nicht innerhalb von drei Monaten wieder eingestellt wird oder bei Ablehnung der entsprechenden Verfahrenseröffnung mangels Masse;
  - c) Erklärung des Austritts aus der Gesellschaft oder Erhebung der Auflösungsklage durch den Gesellschafter;
  - d) in der Person eines Gesellschafters ein von ihm zu vertretender wichtiger Grund vorliegt, der seinen Ausschluss aus der Gesellschaft rechtfertigt.
- (2) Statt der Einziehung kann die Gesellschafterversammlung einstimmig beschließen, dass der Geschäftsanteil ganz oder geteilt an einen oder ggf. mehrere Gesellschafter oder an von der Gesellschaft zu benennende Dritte abgetreten wird.
- (3) Bei Beschlüssen über die Einziehung eines Geschäftsanteils aus wichtigem Grund sowie bei Beschlüssen nach vorstehendem Absatz 2 hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht.
- (4) Die Einziehung wird mit der Bekanntgabe des Einziehungsbeschlusses wirksam. Unabhängig davon sind zumindest die Stimmrechte für den eingezogenen Geschäftsanteil ab diesem Zeitpunkt ausgeschlossen. Die Gesellschaft wird von den verbleibenden Gesellschaftern fortgesetzt, sofern die Gesellschafterversammlung nicht die Auflösung beschließt.
- (5) Jeder Gesellschafter kann durch ordentliche oder außerordentliche Kündigung seiner Gesellschafterstellung aus der Gesellschaft austreten.

Der Austritt durch ordentliche Kündigung ohne Angabe von Gründen kann unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten nur zum Ende eines Geschäftsjahres erfolgen, frühestens jedoch mit Wirkung zum 31. Dezember 2025.

Das Recht der Gesellschafterversammlung, die Liquidation der Gesellschaft oder die Einstellung des Betriebes zu einem früheren Zeitpunkt zu beschließen, bleibt hiervon unberührt.

Der Austritt durch fristlose außerordentliche Kündigung ist nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem ausscheidungswilligen Gesellschafter die Fortführung seiner Gesellschafterstellung auch unter Zuwarten bis zur nächstmöglichen ordentlichen Kündigung nicht zuzumuten ist. Dies ist insbesondere der Fall,

- in den Fällen des Absatzes 1 a), b) und d);
- die für den Bestand und die Fortführung der Gesellschaft maßgebliche Einheitlichkeit unter den Gesellschaftern absehbar nicht mehr Zustandekommen wird wegen unüberwindbarer Meinungsverschiedenheiten.

Der Austritt aus der Gesellschaft ist durch eingeschriebenen Brief gegenüber den Mitgesellchaftern zu erklären. Bei einer fristlosen Kündigung sind die dafür maßgeblichen Gründe zu benennen und darzulegen.

- (6) Der ausscheidende Gesellschafter kann bis zum Ausscheiden seine Gesellschafterrechte ausüben. Die Bestimmungen in Absätzen 3 und 4 bleiben hiervon unberührt. Die verbleibenden Gesellschafter sind verpflichtet, bis zum Wirksamwerden des Austritts über die Einziehung oder Abtretung Beschluss zu fassen.
- (7) Für den ausscheidenden Gesellschafter gilt § 3 Abs. 2. Eine darüberhinausgehende Abfindung ist nicht zu zahlen.

§ 20 Schriftform

Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen dem Gesellschafter und der Gesellschaft, sowie zwischen den Organen der Gesellschaft untereinander und gegenüber der Gesellschaft bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes die notarielle Beurkundung vorgesehen ist. Dies gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.

§ 21 Gültigkeitsklausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam sein oder werden oder aus Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, soll dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages nicht berührt werden. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung ist durch eine andere rechtlich zulässige Regelung zu ersetzen, die dem mit den unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen angestrebten Zweck und der wirtschaftlichen Zielsetzung gerecht werden. Gleiches gilt für etwaige Vertragslücken.

§ 22 Weiteres

Aus Gründen der Konsistenz, Lesbarkeit und Korrektheit wird im vorliegenden Vertrag größtenteils das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.